



# KREIS OSTHOLSTEIN

Kreis Ostholstein • Postfach 433 • 23694 Eutin

eMail: Ehrlich@eikebrandes.de  
Planungsbüro Brandes  
Maria-Goeppert-Straße 3  
23562 Lübeck

## Der Landrat

Fachdienst Regionale Planung  
Bauleitplanung / TÖB-Stelle

**Geschäftszeichen**  
02992-22-08 / 6.61.1-  
TÖB 22103

**Auskunft erteilt**  
Frau Schütt

**Telefon** 04521-788-375  
**Fax** 04521-788-96375  
**E-Mail** j.schuett@kreis-oh.de

**Datum**  
12.07.2022

**Stadt Fehmarn: Burg a.F.**  
**34. F.-Planänderung**  
**Ihr Schreiben vom 09.06.2022**



Sehr geehrte Damen und Herren,

zu der Planung wurden nachstehende Fachbehörden des Kreises beteiligt:

- Bauleitplanung
- Boden,- Grundwasser- und Gewässerschutz
- Abfall
- Naturschutz
- Bauordnung
- Grundstücks- und Gebäudeservice
- Straßenverkehrsaufsicht

**Nachfolgend aufgeführte Fachdienste bitten um Berücksichtigung ihrer Belange:**

### Bauleitplanung

#### **Äußerung nach § 4 Abs. 1 BauGB (Frühzeitige Behördenbeteiligung)**

Der Umfang und Detaillierungsgrad des Umweltberichts, der einen besonderen Teil der Begründung bildet, ist entsprechend der Anlage zu § 2 Abs. 4 und § 2 a BauGB vorzunehmen. Dabei sind die Auswirkungen auf die einzelnen Schutzgüter in Form einer Checkliste abzuarbeiten.

### Gewässerschutz

**Adresse**  
Kreis Ostholstein  
Fachdienst Bauordnung  
Lübecker Str. 41  
23701 Eutin

**Kontakt**  
Telefon: +49 4521 788-0  
Telefax: +49 4521 788-597  
E.-Mai: [bauamt@kreis-oh.de](mailto:bauamt@kreis-oh.de)  
Internet: [www.kreis-oh.de](http://www.kreis-oh.de)

**Öffnungszeiten**  
Mi. 13.30 – 16.00 Uhr  
Fr. 8.00 – 12.30 Uhr  
oder nach Vereinbarung

**Bankverbindung**  
Sparkasse Holstein  
IBAN: DE 77 2135 2240 0000 0074 01  
BIC: NOLADE21HOL

Um das Vorhaben im Bereich der Stadt Fehmarn, die Errichtung eines Regenrückhaltebeckens für eine Entlastungsstraße planungsrechtlich zu ermöglichen, sind aus wasserrechtlicher Sicht nachstehende Hinweise zu beachten.

#### Niederschlagswasser

Es wird darauf hingewiesen, dass das Rückhaltebecken eine Abwasseranlage nach § 52 LWG ist, die der Genehmigung nach §52 LWG durch die Wasserbehörde bedarf. Die Einleitung des von befestigten Flächen in ein Gewässer abfließenden Niederschlagswassers erfordert eine wasserrechtliche Erlaubnis nach §§ 8-10 und 13 WHG. Der Erlaubnisantrag ist bei der Wasserbehörde des Kreises Ostholstein zu stellen.

Ich empfehle, die ausreichende Dimensionierung des Regenrückhaltebeckens bereits während des Bauleitverfahrens zu ermitteln.

Es ist aus den vorliegenden Unterlagen nicht hinreichend ersichtlich, ob die Entwässerungsplanung aus dem Planfeststellungsverfahren aus 2016/2019 weiterhin Bestand haben soll. Die Niederschlagswasserentsorgung ist zu erläutern und darzustellen und mit der unteren Wasserbehörde abzustimmen.

Die gesicherte Erschließung kann für das Einzelvorhaben erst angenommen werden, wenn alle erforderlichen Genehmigungen und Erlaubnisse erteilt worden sind.

Solange darf die Gemeinde nicht eine Genehmigungsfreistellung einreichen (beim Bauamt) noch darf sie die Erschließung als öffentliche rechtlich gesichert bestätigen.

#### **Bodenschutz**

Gegen das o.g. Vorhaben bestehen aus bodenschutzrechtlicher Sicht keine grundsätzlichen Bedenken.

Altlasten, Altablagerungen oder Altstandorte sind nicht bekannt.

Im Bundesbodenschutzgesetz – BBodSchG - ist in den §§ 4 (Pflichten zur Gefahrenabwehr) und 7 (Vorsorgepflicht) verankert, dass schädliche Bodenveränderungen nicht hervorgerufen werden sollen, bzw. diese zu sanieren sind. Bei Arbeiten, die zu schädlichen Bodenveränderungen führen können, ist Vorsorge gegen das Entstehen zu treffen.

Einzelne Maßnahmen zum vorsorgenden Bodenschutz werden in der Begründung bereits beschrieben.

Zusätzlich ist die 2019 eingeführte DIN 19639 „Bodenschutz bei Planung und Durchführung von Bauvorhaben“ anzuwenden.

Im Rahmen der Bauleitplanung ist gemäß DIN 19639 ein **Bodenschutzkonzept** zu erstellen. Dieses Konzept soll alle bodenschutzrelevanten Daten zusammenfassen, Auswirkungen der Maßnahme beschreiben und konkrete Maßnahmen und Zielsetzen zum Erhalt oder zur Wiederherstellung der natürlichen Bodenfunktionen enthalten. Dies bedeutet im Einzelnen:

- die Vorhabenbeschreibung und Planungsvorgaben,
- eine bodenbezogene Datenerfassung und -bewertung,
- Aufstellung einer Bodenmassenbilanz mit entsprechenden Verwertungswegen

- die Auswirkungen vorhabenbezogen zu erwartender Beeinträchtigungen der Bodenqualität und der Funktionserfüllung,
- Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen mit konkreter Beschreibung der geplanten Maßnahmenumsetzung (einschließlich Maschinenkataster),
- den Bodenschutzplan (Maßstab 1 : 5.000 oder größer) als räumliche Darstellung der baubegleitenden Bodenschutzmaßnahmen,
- Rekultivierungsmaßnahmen zur Wiederherstellung durchwurzelbarer Bodenschichten,
- Zwischenbewirtschaftung sowie
- Maßnahmen bei Funktionseinschränkungen.

Ein Bodenschutzkonzept dient der Vermittlung von Informationen, beispielsweise für die Leistungsbeschreibung von Bodenschutzmaßnahmen im Rahmen der Bauausführung und der Dokumentation. Weitere Ausführungen hierzu sind in der DIN 19639 enthalten.

Um diese Vorgaben einzuhalten, zu überwachen und zu dokumentieren ist **eine bodenkundliche Baubegleitung** durch eine bodenkundlich-ausgebildete Fachperson mit entsprechenden beruflichen Qualifikationen vom Vorhabenträger einzusetzen und bei der unteren Bodenschutzbehörde vorab zu benennen. Die bodenkundliche Baubegleitung nimmt regelmäßig an den Baubesprechungen zur Vorbereitung und während der Arbeiten teil und kontrolliert und dokumentiert die Einhaltung der vorsorgenden Maßnahmen.

### **Abfall**

Gegen das o.g. Vorhaben bestehen aus abfallrechtlicher Sicht keine Bedenken.

Ich bitte folgende Auflage aufzunehmen:

Grundlage für Auffüllungen und Verfüllungen bildet der „Verfüllerlass“ des Ministeriums für Umwelt, Naturschutz und Landwirtschaft des Landes Schleswig-Holstein (Az. V 505-5803.51-09 vom 14.10.2003) in Verbindung der Bundesbodenschutz- und Altlastenverordnung und die Mitteilung der Länderarbeitsgemeinschaft Abfall (LAGA) Nr. 20 „Anforderungen an die stoffliche Verwertung von mineralischen Reststoffen/Abfällen - Technische Regeln –“, (Stand 2003).

Sofern für die Baustraßen und –wege Recycling- Material verwendet wird, ist ausschließlich solches zu verwenden, dass der Einbauklasse Z1.1 (LAGA M20) entspricht.

Zudem ist die Verwendung von Asphaltrecycling im offenen Einbau zu vermeiden.

Alle anfallenden Abfälle sind ordnungsgemäß zu entsorgen.

### **Grundstücks- und Gebäudeservice**

Zu der oben genannten Planung nehme ich als Träger der Straßenbaulast für die im Planungsgebiet betroffene Kreisstraße K43 wie folgt Stellung:

Beim Bau des Entwässerungssystems inkl. der Erschließung im Bereich der neuen Gemeinde-Verbindungsstraße zwischen der K 43 und dem Ortsteil Burgstaaken ist zu beachten, dass die Beschaffenheit der K 43 sowie die Entwässerungsanlagen der K 43 zu keiner Zeit beeinträchtigt werden dürfen.

Der Kreis Ostholstein hat die Betreuung der Kreisstraßen, Kreisradwege und Kreisbrücken 1999 auf den Landesbetrieb Straßenbau und Verkehr Schleswig-Holstein, Standort Lübeck,

übertragen und wirkt lediglich begleitend als Straßenbaulasträger mit. Daher ist eine Stellungnahme des LBV S-H einzuholen, sofern nicht bereits geschehen.

Es wird vorausgesetzt, dass dem Kreis Ostholstein durch das o. g. Plangebiet keine Nachteile oder Kosten entstehen.

Vorbehaltlich der Äußerung des Landesbetriebes Straßenbau- und Verkehr Schleswig-Holstein bestehen zu der vorgenannten Planung keine grundsätzlichen Bedenken.

### **Naturschutz**

Anlass der 34. F-Plan Änderung ist die Ausweisung einer Fläche für Ver- und Entsorgung mit der Zweckbestimmung: Versorgungsanlage Regenrückhaltebecken.

Nach der landesweiten Biotopkartierung handelt es sich bei der ausgewiesenen Fläche für das RRB um ein gesetzlich geschütztes Biotop (2c Röhricht BiotopVO, § 30 (2) Nr. 2 BNatSchG). Für die Überplanung der Fläche ist eine naturschutzrechtliche Befreiung erforderlich (§ 67 BNatSchG).

Eine naturschutzfachliche Bewertung der Fläche ist in der vorliegenden Planung nicht erfolgt. Bezüglich der Eingriffs- Ausgleichbilanzierung wird auf den B Plan Nr. 79 verwiesen, der im Parallelverfahren aufgestellt wird.

Da der B-Plan auch keine Aussagen zu dem geschützten Biotop enthält, kann eine Befreiung zu diesem Zeitpunkt noch nicht in Aussicht gestellt werden.

### **Allgemeines**

1. Es wird darauf hingewiesen, dass je eine Durchschrift dieses Schreibens an das Ministerium für Inneres, ländliche Räume und Integration, Abteilung Landesplanung und ländliche Räume sowie an die Abteilung Bauen und Wohnen (Städtebau und Ortsplanung, Städtebaurecht) gelangt.
2. Um Übersendung des Abwägungsergebnisses wird gebeten, wenn möglich per E-Mail an [bauleitplanung@kreis-oh.de](mailto:bauleitplanung@kreis-oh.de).

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag

Gez. Schütt

Diese Stellungnahme ist maschinell erstellt und deshalb ohne Unterschrift gültig.  
Die Datei kann im „pdf- Format“ als Belegexemplar ausgedruckt werden.

**Mitteilung per E-Mail an:**

[Landesplanung@im.landsh.de](mailto:Landesplanung@im.landsh.de)

Ministerium für Inneres, ländliche Räume und Integration  
des Landes Schleswig-Holstein  
Abteilung IV 6 / Landesplanung und ländliche Räume  
Regionalentwicklung und Regionalplanung  
Düsternbrooker Weg 92  
24105 Kiel

[Bauleitplanung@im.landsh.de](mailto:Bauleitplanung@im.landsh.de)

Ministerium für Inneres, ländliche Räume und Integration  
des Landes Schleswig-Holstein  
Abteilung IV 5 / Bauen und Wohnen  
Städtebau und Ortsplanung, Städtebaurecht  
Düsternbrooker Weg 92  
24105 Kiel

mit der Bitte um Kenntnisnahme.

Im Auftrag  
gez. Schütt

